

# Volksblatt

Amtliches Publikationsorgan ■ 121. Jahrgang, Nr. 226

VERBUND/SÜDOSTSCHWEIZ

Redaktion und Verlag: Feldkircher Str. 5, 9494 Schaan, Telefon (075) 237 51 51, Fax Redaktion/Verlag (075) 237 51 55, Fax Inserate (075) 237 51 66, Telefon Sportredaktion (075) 237 51 71, E-Mail-Adresse: vlvolksblatt@volksblatt.li, Internet-Adresse: http://www.volksblatt.li/volksblatt

## DAS WETTER BEI UNS

Stark bewölkt,  
zeitweise  
Regen  
max. 10°  
min. 6°

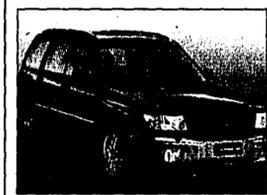
### Heute

Teilweise  
sonnig  
max. 11°  
min. 7°

### Morgen

SMA -  
METEO Schweiz

Weitere Wetterinfos - Letzte Seite



## MOBIL-EXTRA

### Geburtstags-Subaru

Der Subaru Forester Turbo 4WD «Night Blue» bildet den krönenden Abschluss der Jubiläumsreihe. Seite 16

## DIENSTAG

### Kreativ-Direktorin Monika Büchel-Spalt

Als 1990 Töchterchen Elisabeth geboren wurde, fiel Monika Büchel erst mal aus (fast) allen Wolken. Das Wunschkind war während den ersten Monaten nicht gerade ein «Traumkind», sondern ein ziemlich anstrengendes Bündel Glück. Inzwischen hat Elisabeth drei Schwestern bekommen und Monika Büchel meistert ihren Alltag als Familienfrau mit Gelassenheit, Koordinationsgeschick und viel Kreativität. Seite 2

### 236 Rindviecher am Vaduzer Prämienmarkt

VADUZ: Nicht nur der Jahrmarkt stand am Wochenende in Vaduz im Vordergrund, sondern auch der allseits beliebte und bekannte Prämienmarkt, an welchem die schönsten Exemplare der Oberländer Viehzucht ausgezeichnet wurden. Zur Miss Oberland kürte die Fachjury «Stern» aus dem Stall des Triesenberger Landwirtes Leo Gassner. Seite 5

### Schweizer Treuhänder bald in Liechtenstein?

Schweizerischen Staatsangehörigen in Liechtenstein ist bis anhin der Zugang zum Treuhänderberuf in unserem Land verwehrt, selbst wenn sie über eine Niederlassungsbewilligung verfügen. Die Regierung möchte diesen Zustand ändern. Der Landtag trat in seiner Junitagung auf einen entsprechenden Bericht und Antrag mit 20 Stimmen ein, forderte aber einige Änderungen und Berichtigungen in der Gesetzesvorlage. Die Regierung legte nun einen überarbeiteten Bericht und Antrag vor. Seite 6

### Mord von Flums noch ungeklärt

FLUMS: Keine Spuren im Fall der 27-jährigen Jeannette Camenisch, die im August erwürgt und in Flums in den Schulhausbach geworfen wurde. Jetzt hat die St. Galler Kantonspolizei für Hinweise eine Belohnung von 10 000 Franken ausgesetzt. Seite 8

### Dominik Marxer gewinnt Grand Prix



TISCHTENNIS: Seit gut einem Jahr steht der Balzner Dominik Marxer (Bild) nun in Diensten des TTC Wädenswil. Deshalb stellte das Turnier um den Grand Prix Wädenswil auch für ihn eine besondere Herausforderung dar. Spieler aus weiten Teilen der Schweiz und des Fürstentums Liechtenstein trafen sich auf Einladung des TTCW zum Leistungsvergleich. Das Hauptaugenmerk war dabei wie üblich auf die höchste Einzelkategorie der Herren B gerichtet, in der sich Dominik Marxer im Finale gegen Dimitri Lianakis durchsetzte. Seite 14

# Nachtragskredite zum Dritten

Regierung beantragt erneut Zusatzkredite in Höhe von 2,3 Mio. Franken

Nur kurze Zeit nach einer Schelte des Landtags kommt die Regierung bereits wieder mit nachträglichen Kreditbegehren daher. Dieses Mal umfasst die Sammelvorlage zusätzliche Ausgaben von rund 2,3 Mio. Franken. Mehrbelastungen ergeben sich insbesondere bei der Verfahrenshilfe in Zivil- und Strafsachen sowie beim Ausbau der Datenverarbeitung in der Landesverwaltung.

Manfred Öhri

Der dritte summarische Nachtrag zum Landesvoranschlag für das Jahr 1999 umfasst insgesamt 17 Positionen mit einem zusätzlichen Ausgabenvolumen von 2,259 Mio. Franken für zehn Nachtragskredite und sieben Kreditüberschreitungen.

Der aktuelle Antrag liegt damit betragsmässig deutlich hinter den zwei vorangegangenen Sammelvor-

lagen zurück, die zusätzliche Mittel von rund 13 Mio. Franken beansprucht hatten und den Landtag auch zu einigen kritischen Bemerkungen veranlassten.

#### Auf Dauer störend

So erweckten die Zahlen bei FBPL-Fraktionssprecher Gebhard Hoch den Eindruck, dass es offensichtlich einzelne Ressorts und Amtsstellen gebe, die sich kaum an Budgetvorgaben halten würden. Vor allem im Post- und Fernmeldebereich, für den damals millionenhohe Kreditbegehren vorlagen, wurde der Regierung konzeptionsloses Arbeiten vorgeworfen. Selbst der Landtagspräsident hielt nicht mit Kritik zurück. Es sei auf Dauer störend, bemerkte Dr. Peter Wolff, dass immer wieder Gelder dringend beantragt würden, die man bereits ausgegeben habe. Er appellierte daher an die Regierung, bei der Auslegung der Bestimmungen des Finanzhaushaltsgesetzes etwas differenzierter vorzugehen.

Den Schwerpunkt des jetzt unterbreiteten Regierungsantrags bilden

die um 0,6 Mio. Franken erhöhten Aufwendungen für die Verfahrenshilfe in Zivil- und Strafsachen, die wirtschaftlich Schwächeren bei bestimmten gerichtlichen Streitfällen zusteht. Eine Arbeitsgruppe soll nun laut Bericht mit der Rechtsanwaltskammer überprüfen, ob und wie die Einrichtung der Verfahrenshilfe – vor allem auch in kostenmässiger Hinsicht – optimiert werden kann.

#### Teure EDV-Projekte

Betragsmässig ins Gewicht fallen zudem die Mehrausgaben von 450 000 Franken für den Ausbau und die Anpassung der Datenverarbeitungsanlagen in der Landesverwaltung, da einzelne Projekte den geschätzten Kostenrahmen sehr deutlich übertreffen. Vier spezielle Projekte verursachen Mehrkosten von insgesamt 1,180 Mio. Franken, die durch Einsparungen bei anderen Vorhaben nur teilweise kompensiert werden können.

Mehrausgaben von rund 300 000 Franken zeichnen sich bei der Entscheidung der Richter ab. Das

Budget ging von einem Betrag in Höhe von 1,9 Mio. Franken aus. Weitere Zusatzkredite betreffen unter anderem die Wiederherstellung beschädigter Berg- und Wanderwege, die Sanierung von Brücken an der Strasse Steg-Malbun, einen Umbau beim Postgebäude in Vaduz, die Herausgabe des Handbuchs zum öffentlichen Beschaffungswesen sowie die Bewirtschaftungsprämien für Magerstandorte.

#### Umfrage bei Ämtern

Nach Angaben der Regierung zeichnet sich für die Landesrechnung 1999 – ohne Berücksichtigung der Sondererlöse aus dem Verkauf von Aktien der Landesbank – ein Deckungsüberschuss von rund 10 Mio. Franken ab. Diese Prognose könne sich allerdings bis zum Abschluss der Rechnung noch verändern, da die Steuerveranlagungen noch nicht abgeschlossen seien und ausserdem die Umfrage bei den Ämtern über weitere unaufschiebbare Nachtragskredite noch laufe.

## Aus «Expo.01» wird «Expo.02»

Bundesrat verschiebt Landesausstellung

BERN: Der Bundesrat verschiebt die Expo um ein Jahr auf 2002. Zudem beantragt er dem Parlament einen Zusatzkredit von 250 Millionen. Gezahlt wird aber nur unter Bedingungen. Politik, Wirtschaft und Austragungsorte reagierten zufrieden.

Zahlen will der Bund erst, wenn die Wirtschaft zusätzlich 300 Millionen zusichert und die Expo-Leitung 290 Millionen deckt. Sofort nötig wird ein Nachtragskredit von maximal 50 Millionen Franken zur Deckung der laufenden Ausgaben des Vereins Expo 2001.

#### Überzeugt von der Idee

Der Bundesrat befürwortete die Durchführung der Landesausstellung nach wie vor entschieden, sagten Ruth Dreifuss und Pascal Couchepin. Wegen der bei der «Expo.01» entstandenen Probleme dränge sich eine Verschiebung indes auf. Die Realisierung der Landesausstellung 2001 wäre fraglich und das finanzielle Risiko gross.

Die Prüfung des Berichts Hayek habe ergeben, dass ein zusätzliches Jahr nötig sei, um Fragen und Probleme bei Finanzen, Organisation und Management zu lösen. Dabei sei das jetzige Konzept zu optimieren, sagte Couchepin.

Gemäss dem Bundesrat soll der Verein Expo 2001 alle Kompetenzen auf ein fünfköpfiges Steuerungskomitee übertragen und einen Generaldirektor oder eine Generaldirektorin einsetzen. Diese Gremien sollen das Sanierungskonzept bis Ende 1999 umsetzen.

Insgesamt kostet die «Expo.02» gemäss Bundesrat 1620 Millionen Franken. Auf der Einnahmenseite

bedingt dies eine zusätzliche Leistung des Bundes von 250 Millionen. Der Bundesrat unterbreitet die Botschaft dem Parlament noch in dieser Woche. Sie soll in der Winter-

session dringlich behandelt werden. Die Räte sollen den Bundesrat ermahnen zu beurteilen, ob Ende Jahr die Bedingungen zur Kreditfreigabe erfüllt sind.



Beim Spatenstich im Juni herrschte noch Freude, jetzt wird aus der «Expo 2001» die «Expo 2002».

(Bild: Keystone)

## Entrüstung über Haider-Erfolg

TEL AVIV: Der Wahlerfolg des Rechtspopulisten Jörg Haider sollte Österreichs Juden nach Meinung des israelischen Staatspräsidenten Ezer Weizman «überzeugen, nach Israel zu emigrieren». «Jeder vierte Österreicher hat einen Neo-Nazi gewählt», lautete die Schlagzeile von Israels grösster Tageszeitung «Jedioth Achronoth» – der Aufstieg von Haiders Freiheitlicher Partei (FPÖ) zur zweitstärksten politischen Kraft Österreichs hat in Israel grosse Entrüstung ausgelöst. Bei Schimon Peres, dem ehemaligen israelischen Regierungschef, weckte er «grosse Ängste». Ausserminister David Levy warnte, Israel müsse möglicherweise «andere Schritte» ergreifen, sollte Haider in die Regierung aufgenommen werden. Die israelischen Medien heben besonders verschiedene nationalistische Äusserungen Haiders hervor, wie etwa das Lob für die «ordentliche Beschäftigungspolitik im Dritten Reich». Haider hatte auch den Veteranen der Waffen-SS besondere Anständigkeit bescheinigt und die Konzentrationslager im Dritten Reich als «Straflager» verharmlost. Der israelische Parlamentarier Josef Lapid von der Schinui-Partei, selbst Holocaust-Überlebender aus Ungarn, wertete: «Die Tatsache, dass jeder vierte Österreicher für eine rassistische, antisemitische Post-Nazi-Partei gestimmt hat, ist ein Armutszeugnis für die ganze österreichische Nation, die bereits Kurt Waldheim zum Präsidenten wählte.»